

Handout zum Referat vom 13. März 2008: Politische Einstellungen als Determinante des Nichtwählens von Iris Krimmel (1996)

Fragestellung

Die Autorin setzt sich mit der Frage auseinander, welche Determinanten dafür zuständig sind, dass in Deutschland die Zahl der Nichtwähler stetig anwächst. Früher ging man davon aus, dass das Nichtwählen nur auf das politische Desinteresse zurückzuführen ist.

Mittlerweile hat man gemerkt, dass sich das Phänomen aber nicht einfach auf eine Variable bezieht und deshalb wird in dieser Analyse geklärt, ob Determinanten wie „Zufriedenheit mit dem politischen System, Parteiverdrossenheit und Parteiidentifikation“ einen Einfluss auf die Entscheidung, ob man wählen geht oder nicht, haben.

Hypothesen

Für die Beantwortung dieser Frage stellt sie zwei Hypothesen auf:

Protesthypothese; Die Autorin geht davon aus, dass es sich bei den Nichtwählern vermehrt, um politisch interessierte Bürger handelt, welche mit den vorhandenen Parteien unzufrieden sind. Sie nehmen nicht bei der Wahl teil, um diese Unzufriedenheit kund zu tun.

Normalisierungshypothese; Bei dieser Variante geht die Autorin davon aus, dass die Bürger sich nicht an den Wahlen beteiligen, da sie überzeugt sind in einer funktionierenden Demokratie gut aufgehoben zu sein.

Determinanten

- Politisches Interesse
- Zufriedenheit mit dem politischen System
- Parteiverdrossenheit
- Parteiidentifikation

Datenmaterial / Operationalisierung

Zur Analyse bediente sich die Autorin dem Politbarometer, welche zwischen den Jahren 1977 und 1993 monatlich durchgeführt wurde. Leider sind nicht in allen Jahrgängen Daten erhoben worden, was die Verlaufsinterpretation schwierig macht. Bei den Erhebungen sind jeweils etwa 1000 Bürger befragt worden über ihre politische Meinung. In Ost- und Westdeutschland wurde jeweils eine separate Erhebung durchgeführt.

Als Nichtwähler wurde jene Leute bestimmt, welche bei der Sonntagsfrage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“ Nein angegeben hatten.

Ergebnisse

Politisches Interesse; Früher galt Desinteresse als Hauptargument für das Nichtwählen, aber auch heute gilt dies weiterhin als wichtig. Dazu kommt, dass sich in den letzten Jahren ein Trend ergab, bei dem sich auch politisch Interessierte der Stimme enthielten.

Da jedoch die Anteile beider Gruppen (Desinteressierte und Interessierte) anstiegen, kann man nicht sagen, dass die Nichtwähler vermehrt aus dem Lager der Interessierten kommen.

Zufriedenheit: Dazu gibt es zwei Erklärungsansätze entweder verwirklicht sich die Protest- oder die Normalisierungshypothese. Gemäss den Ergebnissen der Autorin ist kein eindeutiger Trend ersichtlich, denn die Zahlen schwanken von Jahr zu Jahr. Die Schwankungen werden wie folgt interpretiert: Die Unzufriedenheit kann zwar einen Einfluss haben auf das Nichtwählen, ist jedoch nicht immer ausschlaggebend.

Parteiverdrossenheit: Die Autorin versuchte herauszufinden, ob die Bevölkerung wirklich mit den bereits etablierten Parteien unzufrieden ist und sie deshalb öfters keinen Grund mehr sieht, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie versuchte dies zu analysieren, indem die vorhandenen Altparteien wie CDU, CSU, SPD und F.D.P jeweils anhand einer Skala von -5 bis 5 beurteilt wurden. Auch wenn dies nicht das beste Messinstrument darstellte, wurde ein rapider Rückgang der positiven Beurteilung festgestellt.

Parteiidentifikation: Die Verbundenheit mit einer Partei sollte das „zur Urne gehen“ begünstigen, denn sie ist das einzige Instrument, mit dem der Wähler seiner Partei die Gunst aussprechen kann. Die Ergebnisse zeigen auch hier, dass die Parteiidentifikation dies auch leistet, aber auch hier ist ein Trend zum Nichtwählen zu verzeichnen. Dies führt die Autorin auf zwei Erklärungsansätze zurück. Zum einen gibt es Menschen, die mit ihrer Partei unzufrieden sind, aber nichts an den anderen Parteien auszusetzen haben. Zum anderen gibt es Bürger, welche unzufrieden mit der eigenen Partei sind, aber auch keine andere unterstützen möchten. In beiden Fälle ist die Lösung sich der Stimme zu enthalten.

Zusammenfassung

Allgemein ist zu sagen, dass sich der Anstieg der Nichtwähler sowohl auf die Protest- wie aber auch auf die Normalisierungshypothese zurückzuführen lässt. Es gibt keinen eindeutigen Trend für eine der beiden Hypothesen.

Durch die Analyse der verschiedenen Variablen konnten zwar Zusammenhänge festgestellt werden, Scheinkorrelationen sind jedoch nicht ausgeschlossen. Sogar mit Hilfe der Regressionsanalyse konnte keine Eindeutigkeit erzeugt werden, deshalb muss davon ausgegangen werden, dass die hier vorgestellten Determinanten zwar einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben, aber auch noch andere Faktoren miteinbezogen werden müssen, welche hier nicht besprochen worden sind.